



GREEN BUDGET GERMANY

## FORUM ÖKOLOGISCH-SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT

[FÖS e.V. · Schwedenstraße 15a · 13357 Berlin](#)

An die Freunde und Förderer des FÖS

### **What are you sinking about?**

Sehr geehrte Damen und Herren,

in einer witzigen Berlitz-Werbung sitzt ein etwas tumber deutscher Küstenlotse in seiner High-Tech-Warte. Gleich nach Schichtantritt empfängt er einen verzweifelten Notruf: **Mayday Mayday, we are sinking!** Seine Gegenfrage lesen Sie oben.<sup>1</sup>

Als wir das sahen, fiel uns der Europäische Süden ein. Ganze Länder versinken im Schuldenstrudel und die gestrenge deutsche Küstenwacht versteht die Notrufe schlecht. Man redet aneinander vorbei. Man könnte das Video auch als Metapher auf die Weltklimakonferenz in Durban lesen. Die eine Hälfte der Welt hat bittere Sorge, in Meeresfluten und Überschwemmungen unterzugehen – ja wegen steigender Meeresspiegel wörtlich zu versinken. Die andere Seite weiß nicht einmal, worüber denn nachzusinnen wäre. Länder wie die USA muss man schon fragen: **Do you know what and whom you are sinking?**

### **Liebe Freunde und Förderer des FÖS,**

heute fällt unser Weihnachtsbrief ungewöhnlich lang aus, auch wegen ungewöhnlicher Zeiten und Sorgen. Worüber sorgen Sie sich momentan am meisten? **What are you sinking about?** Wir würden uns freuen, wenn Sie in diesen Tagen auch an unseren beständigen Einsatz für eine grünere und gerechtere Welt dächten und an die vielen Initiativen unseres Forums, die ohne die Unterstützung von Mitgliedern und Sponsoren nicht möglich wären. Dazu weiter unten noch mehr.

Was Europa angeht, waren wir schon vor dem 9. Dezember optimistischer als viele. Leider gibt es davon keinen Youtube-Film, aber wir

<sup>1</sup> [www.youtube.com/watch?v=bFCU7sX1Uhw](http://www.youtube.com/watch?v=bFCU7sX1Uhw)

### Vorstand/ Board

Dr. Anselm Görres (Vorsitz)  
Dipl.-Vw. Kai Schlegelmilch  
(Stellvertretender Vorsitz)  
Florian Prange M.Sc.  
(Schatzmeister)  
Dipl.-Vw. Helen Lückge  
Dipl.-Vw. Bettina Meyer  
Dipl.-Ing. Uwe Nestle

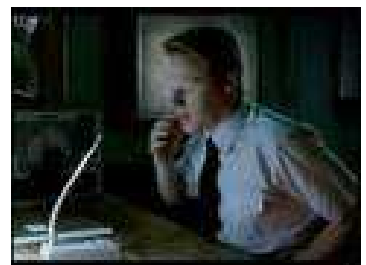
20. Dezember 2011

### Geschäftsführung/ Management

Dipl.-Vw. Damian Ludewig

### Beirat des FÖS/ Advisory Board

Dr. Gerhard Berz  
Prof. Dr. H.-C. Binswanger, CH  
Dr. Martin Bursík,  
Stellv. Ministerpräsident a.D., CZ  
Prof. Dr. Frank Convery, IRE  
Dr. Henner Ehringhaus, CH  
Dr. Franz Fischler, EU-  
Agrarkommissar a.D., AT  
Sven Giegold, MdEP  
Josef Göppel, MdB  
Prof. Dr. Hartmut Graßl  
Dr. Barbara Hendricks, MdB  
Prof. Dr. Gebhard Kirchgässner, CH  
Dr. Paul E. Metz, NL  
Prof. Janet E. Milne, USA  
Yannis D. Paleocrassas,  
Finanzminister a.D., GR  
Prof. Dr. Albert J. Rädler  
Christine Scheel, MdB  
Matthias Max Schön  
Prof. Dr. Norbert Walter  
Prof. Dr. E. U. von Weizsäcker  
Prof. Dr. Wolfgang Wiegard  
Anders Wijkman MdEP, S  
Prof. Dr. Angelika Zahrt



hielten es mit Henry Kissinger, der der FAZ in seinem knarrenden Fränglisch erklärte: **Ich weiß nicht wie, aber die Europäer werden einen Ausweg finden.**

Der schicksalhafte Einigungsdruck, der die hektischen Verhandlungen der Staatschefs in Brüssel begleitete, hat offenbar geholfen. Europäische Einigung und fiskalische Langfristverantwortung: Das sind Faktoren, die auch der Umwelt helfen werden. Ohne starke EU gäbe es keinen Emissionshandel auf der Welt und hätten wir nicht die fortschrittlichste Umweltpolitik der Welt. Wir hätten wenig Gewicht in den internationalen Klimaverhandlungen und künftig viel geringere Chancen, europaweit für eine sozialere und ökologische Marktwirtschaft einzutreten. Aus OECD-Studien unseres Freundes **Jens Lundsgaard**<sup>2</sup> wissen wir: Ökologische und fiskalische Langfristverantwortung gehen Hand in Hand. Die Länder mit den höchsten Staatsschulden haben meist auch die niedrigsten Umweltsteuern, und umgekehrt.

Trotz mancher Dissonanzen: Insgesamt bleibt die deutsche Debatte um die Zukunft von Euro und Europa bemerkenswert frei von chauvinistischen Tönen. Die Stimmen derjenigen, die vor allzu harter Sparpolitik warnen, kommen ebenso zur Geltung wie die Notwendigkeit behertzter Gegensteuerung, wenn internationale Finanzmärkte einzelne Euroländer angreifen. Bei näherem Hinsehen ist Deutschlands Politik weit weniger hartherzig, als sie nach außen wirken mag. Auch die Unterschiede zwischen Regierung und Opposition sind in Wahrheit gering. Merkels härteste Opponenten kommen nicht von links, sondern aus FDP und CSU. Doch auch in diesen Parteien dominieren offenbar diejenigen, die für ein konstruktives und solidarisches Deutschlands eintreten. Hoffen wir nun, dass der in Brüssel gefundene Ausweg trägt. Fiel Ihnen übrigens schon auf, dass die härtesten Euro-Skeptiker (Henkel, Hankel & co.) meist auch zu den größten Umweltmuffeln gehören?

### **Marktradikale isoliert, ob in Brüssel oder in Durban**

**The continent cut off from Europe:** So mag es sich aus London darstellen. Die meisten Europäer sehen es andersherum. Wenn David Cameron sagt, den Briten ginge es nur um den gemeinsamen Markt, dann **reduziert er Europa auf ein kommerzielles Zweckbündnis.** Das Europa der Menschen- und Minderheitenrechte, des mutigen Verbraucher- und Umweltschutzes, der schrittweisen Überwindung von Kleinstaaterei: All das darf er allenfalls denken. Aussprechen darf er es angesichts seiner rechtsnationalen Torys offenbar nicht.

In Durban entfernten sich auch die USA weiter von Europa, danach leider auch Kanada. Europa sprach dort mit einer Stimme, klug vertreten von Connie Hedegaard, die übrigens auch unsere Kopenhagen-Tagung beehrt hatte.<sup>3</sup> Nach Durban scheint uns klarer denn je: **Europa sollte nicht resignieren, sondern seine Vorreiterrolle noch konsequenter ausbauen.** Die Blockadehaltung der USA beruht auf der hysterischen Angst, Klimaschutz brächte schreckliche Lasten für Wettbewerb und Wohlstand. **Dieser Phobie begegnen wir am besten, indem wir sie widerlegen.**

---

<sup>2</sup> Der frühere OECD-Berater ist seit 2011 Stellvertretender Staatssekretär im Dänischen Wirtschaftsministerium und stellte auf einer Brüsseler GBE-Tagung im Dezember 2010 seine Analysen vor:  
[www.foes.de/pdf/GBE\\_Brussels%20Dec%202010\\_Lundsgaard.pdf](http://www.foes.de/pdf/GBE_Brussels%20Dec%202010_Lundsgaard.pdf).

<sup>3</sup> Vgl. Green Budget Jahreskonferenz: [www.foes.de/veranstaltungen/dokumentationen/2011/kopenhagen-15-16092011/?lang=en](http://www.foes.de/veranstaltungen/dokumentationen/2011/kopenhagen-15-16092011/?lang=en) Vgl. auch den Beitrag von Anselm Görres dort: Die Kontinente driften auseinander, [www.politik-poker.de/zwei-kontinente-driften-auseinander.php](http://www.politik-poker.de/zwei-kontinente-driften-auseinander.php).

**Künftige Wettbewerbsvorteile gewinnt, wer sich am ehesten aus der fatalen Abhängigkeit von Uran, Öl, Gas und Kohle löst.** Selbst wenn wir als Klimaschutz-Vorreiter nicht das Maximum erreichen, solange andere das gemeinsame Handeln noch boykottieren, würden wir doch unsere Industrie modernisieren, die Gesundheit der Menschen in Deutschland fördern, unsere Krisenanfälligkeit vermindern und zugleich unseren Schuldenabbau unterstützen. **Import fossiler Treibstoffe ist gleichzeitige Umwelt- und Geldverschwendung. Auf kaum einen Import könnte man so leicht verzichten.** Man muss dazu vor allem die Häuser besser isolieren, weniger Treibstoff in Transportmitteln verpressen und Strom effizienter produzieren und nutzen.

### **Wachstum ohne Schulden – wie soll das gehen?**

Egal wie der Brüsseler Fiskalpakt im Detail noch ausfällt: **Die nächsten Jahrzehnte werden unter dem Vorzeichen der Konsolidierung stehen,** nicht nur bei Staaten, auch im Bankensektor. Damit fallen zwei traditionelle Wachstumstreiber aus. **Wie soll die Realwirtschaft noch wachsen, wenn Staaten und Banken sparen?** Klar ist, dass kontraktive Fiskalpolitik nur im Verbund mit expansiver Geldpolitik funktioniert, das ist Grundkurs Makroökonomie. Über deutsche Kommentare, die auch noch eine restriktive Geldpolitik fordern, kann man nur den Kopf schütteln.

**Zur Absicherung einer öko-sozialen Wirtschaftsperspektive können und müssen ökofiskalische Reformen einen wichtigen Beitrag leisten.** So müssen wir – nicht leichten Herzens – in dieser kritischen Situation auf die jahrzehntelang geforderte Aufkommensneutralität verzichten und damit zulassen, dass der Staat ökofiskalische Einnahmen auch zur Schuldentilgung verwendet. Auch und gerade in Europas Süden macht es Sinn, Ölimporte zu versteuern, ob durch Energiesteuern oder Mautsysteme, und ökologisch perverse Subventionen zu kappen. **Jeder Euro, der nicht an die Öllieferanten fließt, kann die Inlandsnachfrage stärken oder zur Schuldentilgung dienen.**

Preisverschiebungen durch ökologische Budgetreform reichen nicht. Wir müssen Investitionen auf vielerlei Wegen ankurbeln. Dazu trägt die Korrektur falscher Anreize bei, aber auch gezielte Vorgaben, zum Beispiel über viel strengere Energiestandards im Gebäudebereich. Auch ein sparsamer Staat kann mit klugen Mitteln – zum Beispiel Zinsvergünstigungen – noch Anreize geben. **In der Summe kann ein solches Paket – verbunden mit einer beherzten gesellschaftlichen Leitvision für eine grünere Zukunft – in der Realwirtschaft beträchtliche Wachstumsimpulse auslösen.** Wir sagen nicht, dass grüner Wandel alle Wachstumsprobleme löst. Aber wir wissen: Dieser Wandel hat bereits Wachstumsimpulse und Arbeitsplätze geschaffen – in keinem Land der EU mehr als bei uns. **Auf diesen Lösungsbeitrag kann und sollte kein EU-Land mehr verzichten, am wenigsten der Süden.**<sup>4</sup>

### **2011 war ein gutes Jahr für mehr Umweltschutz in Europa**

Einige Staaten in Europa haben bereits beispielhafte ökofiskalische Maßnahmen ergriffen:

- Irland: Nach vielen Jahren des Widerstandes wurden im Dezember 2009 eine Kohlenstoffsteuer und eine Flugticket-Steuer eingeführt sowie die Kraftstoffsteuern um 30% erhöht.

---

<sup>4</sup> Ausführlicher hierzu den SZ-Beitrag „Grüne Rettung Griechenlands“ von Dr. Anselm Görres und Yannis Paleocrassas: [www.foes.de/pdf/2011-11-17\\_gruene\\_rettung\\_fuer\\_griechenland.pdf](http://www.foes.de/pdf/2011-11-17_gruene_rettung_fuer_griechenland.pdf).

- Griechenland: Die Steuern auf Kraftstoffe wurden zwischen 2008 und 2011 drastisch erhöht: Benzin um 91%, Diesel um 40%. Ähnliches geschah in Spanien und Portugal.

**Auch in unserem Land kam es zu wichtigen und mutigen Schritten.** Bereits Anfang 2011 hatte Deutschland – vielleicht auch aufgrund der Anregungen und Initiativen des FÖS<sup>5</sup> – eine Kernbrennstoffsteuer und eine Luftverkehrsteuer eingeführt, die Steinkohlesubventionen etwas stärker abgebaut, die LKW-Maut auf einige Bundesstraßen ausgeweitet und Energiesteuer-Ermäßigungen für das produzierende Gewerbe abgebaut. Auch Vorbilder wirken: Österreich zog bereits im April 2011 nach und führte ebenfalls eine Luftverkehrsteuer ein.

**Das wichtigste Signal aber setzte die schwarzgelbe Regierung mit der beherzten Korrektur ihres früheren Irrwegs in der Atompolitik.** Mit einem Paket aus insgesamt acht neuen oder veränderten Gesetzen wurde alles am 30. Juni 2011 im Bundestag verabschiedet, am 08. Juli 2011 auch im Bundesrat. Komischerweise bekam Angela Merkel kaum Lob dafür. Die eigenen Anhänger konnten den Schritt kaum nachvollziehen – warum nur soll man noch gut erhaltene AKWs abschalten, und weshalb so rasch? Die Opposition beklagte mit Recht, dass man ohne Not den ersten Atomkompromiss gekippt hatte. Doch entscheidend ist: **Dieser zweite Ausstieg aus der Kernenergiepolitik wird Deutschlands letzter sein. Er fand eine große gesellschaftliche Mehrheit. Keiner kann mehr dahinter zurück.** Und was vielleicht noch wichtiger ist: **Seit diesem überparteilichen Ausstiegsbeschluss stehen die Deutschen hinter der Energiewende.** Überall im Land ist die Aufbruchstimmung zu spüren. Bei allen Mittelständlern ist das Interesse an Energieeinsparungen plötzlich mit Händen zu greifen, jeder will dabei sein. In jedem Dorf, Landkreis oder Städtchen suchen Bürgermeister und Landräte nach Wegen, die erneuerbaren Energien besser auszubauen.

### **International und national: Der FÖS aktiv wie noch nie**

Unsere Aktivitäten in Deutschland standen unter dem Zeichen der Energiewende, der Diskussion um Ressourceneffizienz und der generellen Debatten um die Zukunft unserer Wirtschaftsweise in der Folge der Wirtschafts- und Finanzkrise.

Mit der Studie „Was Strom wirklich kostet“ (im Auftrag von Greenpeace Energy) konnten wir zeigen, dass bisher Atom- und Kohlestrom wesentlich stärker von staatlichen Förderungen profitiert hat als Erneuerbare Energien. Dies führte zu einer breiten Berichterstattung in den deutschen Medien – und sogar **New York Times und Herald Tribune zitierten unsere Zahlen.** Nach der Rücknahme der Laufzeitverlängerung und aufkommenden Debatten zu den Kosten der Energiewende erstellten wir für Greenpeace eine Kurzstudie zur Gegenfinanzierung der staatlichen Kosten der Energiewende durch Abbau umweltschädlicher Subventionen und präsentierten sie auf einer Pressekonferenz.

Mit der Veröffentlichung einer Studie zur Besteuerung von Dienst- und Firmenwagen, die wir gemeinsam mit dem Finanzwissenschaftlichen Forschungsinstitut Köln (FiFo) und Prof. Klinski im Auftrag des Bundesumweltministeriums (BMU) erstellten, machten wir deutlich, dass die Energiewende nicht auf den Stromsektor begrenzt sein darf. Durch den Abbau umweltschädlicher Subventionen können Innovationsanreize im Automobilsektor verbunden werden mit Einsparungen bei

---

<sup>5</sup> Siehe [www.foes.de/pdf/Kurzkonzept\\_Subventionsabbau.pdf](http://www.foes.de/pdf/Kurzkonzept_Subventionsabbau.pdf) und [www.foes.de/pdf/2010-12-Hintergrundpapier-OekosteuerAusnahmen.pdf](http://www.foes.de/pdf/2010-12-Hintergrundpapier-OekosteuerAusnahmen.pdf).

Kraftstoffkosten und der weiteren Konsolidierung der Staatsfinanzen. Eine gemeinsame Kampagne mit der Klima-Allianz (**Ungedämmte Wohnungen sind FreiHEIZberaubung**) machte dies auch für den Gebäudesektor deutlich. In einem breiten Bündnis wurde dort etwa die kurzfristige Anhebung der Steuern auf Heizstoffe und die mittelfristige Einführung einer Wärmeumlage gefordert.

**Eine Steigerung der Energieeffizienz stand auch im Fokus unserer Aktivitäten zur Behandlung der energieintensiven Industrie.** Als Sachverständige sprachen wir uns in einer Anhörung des Haushaltsausschusses gegen die Verwendung von Mitteln des Emissionshandels für Strompreiskompensationen für die Industrie, den Neubau von Kohlekraftwerken oder die Förderung der Elektromobilität aus. Statt dessen sollten die Mittel des Energie- und Klimafonds in den internationalen Klimaschutz und in die Förderung der Gebäudesanierung fließen und um andere Mittel aus ökofiskalischen Instrumenten ergänzt werden. Durch deutliche Staffelung der Dienstwagen- und Kfz-Steuer nach CO<sub>2</sub>-Emissionen müssten die Anreize über die Elektromobilität hinaus technologieneutral verbessert werden. Auf dem Energiesteuertag des BDI konnten wir die Pläne des Finanzministeriums zur Fortführung des Spitzenausgleichs für die energieintensive Industrie ab 2013 kommentieren.

**Nach den ökofiskalischen Erfolgen im letzten Jahr ging es dieses Jahr vorrangig darum, weitergehende Forderungen bei den Parteien im Hinblick auf die Wahlen 2013 zu verankern und neue Ideen für ökofiskalische Instrumente zu entwickeln und zu vertiefen.** Wesentliche Elemente unserer Forderungen für eine Ökologische Finanzreform in den Bereichen Energie und Verkehr wurden von SPD und Grünen denn auch in ihren Finanzkonzepten für die Bundestagswahl 2013 aufgegriffen. Mit einem großen Projekt zur Besteuerung natürlicher Ressourcen betraten wir dagegen weitgehend politisches Neuland. Das Interesse an unseren zahlreichen Veranstaltungen zum Thema (drei Fachworkshops mit bis zu 50 Teilnehmenden und eine Fachtagung mit über 100 Teilnehmenden) war entsprechend groß und brachte auch einige neue Interessierte zu uns.

**Viele unserer Themen bespielen wir schon seit längerem nicht nur national, sondern auch international.** Zur Ressourceneffizienzstrategie der EU konnten wir an einem Treffen von Umweltverbänden mit Kommissar Potocnik teilnehmen und ihm unsere Anregungen für die Besteuerung natürlicher Ressourcen mit auf den Weg geben. Hierbei erfahren wir aus Brüssel derzeit viel Rückenwind. **So fordert die EU-Kommission in der Roadmap Ressourcenschonung den massiven Abbau umweltschädlicher Subventionen und eine deutliche Verlagerung der Steuerlast vom Faktor Arbeit auf den Faktor Ressourcenverbrauch in den Mitgliedsstaaten.** Entsprechende Fortschritte sollen im Rahmen des europäischen Semesters kontrolliert werden. Auf dem Rio+20-Gipfel im Juni 2012 ist die Ökologische Finanzreform für eine Green Economy zentrales Ziel der EU.

**Unser europäisches Projekt Green Budget Europe hat daher auch ordentlich an Fahrt aufgenommen.** High-Level-Treffen mit den jeweiligen Ratspräsidentenschaften gehören mittlerweile eher zur Regel als zur Ausnahme. Wir werden als wesentlicher Akteur in Sachen marktwirtschaftlichem Umweltschutz wahrgenommen. So nahmen an der GBE-Jahreskonferenz 2011 in Kopenhagen etwa Klimakommissarin Connie Hedegaard, die Direktorin der Europäischen Umweltagentur (EEA) Jacqueline McGlade und Martin Lidegaard teil, der neue Umwelt- und Energieminister Dänemarks.

**Ein wesentlicher Schwerpunkt dieses Jahres wird uns auch 2012 begleiten: die intensive Lobbyarbeit für eine ambitionierte Umsetzung der Energiesteuerrichtlinie.** Diese Lobbyarbeit für Fortschritte in ausgewählten Mitgliedstaaten ist Teil eines Projekts, für das wir bei der European Climate Founda-

tion erstmals Fördergelder in diesem Umgang für GBE einwerben konnten. Kai Schlegelmilch wird dieses Projekt selbst leiten und dazu sein Ehrenamt als FÖS-Vize zeitweise ruhen lassen.

Noch nie führten wir so zahlreiche Veranstaltungen durch wie in diesem Jahr – ganz zu schweigen von den zahllosen Vortragseinladungen anderer. **Auch unsere erfolgreiche Zusammenarbeit mit Prof. Radermacher und zahlreichen NGOs im Projekt Ökosoziale Hochschultage (www.hochschultage.org) trug dazu dabei.** All diese und viele weitere Aktivitäten wären nicht möglich gewesen ohne unser wunderbares Team in der Geschäftsstelle, die engagierte Arbeit unserer Vorstände und erst recht nicht ohne Sie – unsere Mitglieder und Spender!

**Wir freuen uns, wenn Sie den ein oder anderen Euro an Steuersenkung und Energiekosteneinsparung an das FÖS weiterreichen, damit wir uns auch im kommenden Jahr wieder erfolgreich für den Abbau umweltschädlicher Subventionen und die Weiterentwicklung ökologischer Steuern in einer Ökologisch-Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland, der EU und weltweit stark machen können.**

Gern würden wir Sie außerdem am **23. und 24. März 2012 zu unserer Jahrestagung** in der Landesvertretung des Saarlands in Berlin begrüßen! Am Freitag, den 23. März, werden wir uns mit prominenten Referenten mit dem Thema „**Ressourceneffizienz durch ökonomische Instrumente – Welchen Rahmen braucht die Green Economy?**“ beschäftigen. Zugesagt hat beispielsweise schon **Prof. Michael Succow**, Umweltminister der DDR-Übergangsregierung und einer der bedeutendsten Naturschützer Deutschlands. Am selben Tag werden wir dann auch wie jedes Jahr den **Adam-Smith-Preis für marktwirtschaftliche Umweltpolitik** verleihen – an wen wird noch nicht verraten. Unsere **Mitgliederversammlung 2012** findet am Samstag, den 24. März statt.

Mit bestem Dank für Ihre Treue 2011, den besten Wünschen zum Jahreswechsel und freundlichen Grüßen

Ihr



Dr. Anselm Görres  
Vorsitzender



Damian Ludewig  
Geschäftsführer

ANTWORTFAX

✂

AN: FÖS, Fax Nr. 030-76 23 991-59

VON: Name E-Mail:

- Ja, ich spende für das FÖS einmalig ..... Euro.
- Ja, ich will **Fördermitglied** werden (mind. € 5 im Monat)
- Ja, ich will **Aktivmitglied** (mit Stimmberechtigung) werden (mind. € 15 im Monat)
- Bitte senden sie mir keine weiteren Informationen

Datum und Unterschrift .....